

Die kommissarische Schulleitung des Städtischen Ökumenischen Grundschulverbundes KGS Agathaberg EGS Albert Schweitzer bittet mit Schreiben vom 07.02.2022 (siehe Anlage) aus pädagogischen Gründen um Angleichung der Unterrichtsbeginnzeiten am Grundschulverbund ab dem Schuljahr 2022/2023. Die KGS Agathaberg ist die einzige Wipperfürther Schule, deren Unterricht nach 8:00 Uhr, nämlich um 8.30 Uhr, beginnt.

Das Verfahren zur Festlegung des Unterrichtsbeginns einer Schule ist im Runderlass Nr. 12-63 Nr. 3 vom 05.05.2015 geregelt:

1.1 Unterrichtsbeginn

Der Unterricht beginnt in der Zeit zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr. Der Schulträger entwickelt insbesondere in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen eine abgestimmte Regelung und schlägt Zeiten für den Unterrichtsbeginn vor. Die Schulleiterin oder der Schulleiter folgt bei der Festsetzung des Unterrichtsbeginns den begründeten Vorschlägen des Schulträgers, falls nicht zwingende pädagogische Gründe entgegenstehen. Sie oder er entscheidet nach Beratung in der Schulkonferenz. Wird eine einvernehmliche Lösung nicht gefunden, entscheidet die Bezirksregierung. Die untere Schulaufsichtsbehörde ist zu beteiligen.

Die Stellungnahme der Schulamtsdirektorin vom 04.04.2022 liegt der Vorlage als Anlage bei. Die Schulkonferenz hat in ihrer Beratung am 26.04.2022 die Anpassung des Unterrichtsbeginns aus der Schüler-, der Eltern- und der Lehrerperspektive befürwortet.

Die Verwaltung hat die für den Schülerspezialverkehr zuständige OVAG gebeten, die bei der Anpassung der Unterrichtsbeginnzeiten an der KGS Agathaberg entstehenden Mehrkosten zu ermitteln. Von Seiten der OVAG müssten zusätzliche Fahrzeuge für den Schülerspezialverkehr bereitgestellt werden, sodass sich zusätzliche jährliche Mehrkosten i. H. v. 112.499,99 € brutto ergeben. Die anteiligen Kosten wurden bereits im Haushalt 2022 berücksichtigt. Der Rat hat in seiner Sitzung am 15.03.2022 die erhöhten Ansätze der Schülerbeförderung für die KGS Agathaberg/ EGS Albert Schweitzer zugunsten einer Beratung und gegebenenfalls Entscheidung im Ausschuss für Schule und Soziales gesperrt.